



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 10/2023

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten im dbb rheinland-pfalz
- b) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- c) dbb jugend rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung
- e) dbb Bezirksverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer

Mainz, 29.06.2023
he/--

Beihilfe: Lange Bearbeitungszeiten beim Landesamt für Finanzen (LfF)

10 zusätzliche Stellen in der Beihilfenfestsetzungsstelle des LfF

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

seit Monaten beobachten wir die langen Bearbeitungszeiten in der beamtenrechtlichen Beihilfenverwaltung des Landes und nehmen in zunehmendem Maße Beschwerden einzelner Organisationsbereiche unter unserem Dach sowie aus der Einzelmitgliedschaft entgegen.

In einer gestuften Initiative gegenüber der Landesregierung in Abstimmung mit der relevanten Fachgewerkschaft Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG –, Landesverband Rheinland-Pfalz, haben wir folgende Schritte vollzogen:

- | | |
|------------|--|
| 08.06.2022 | Schreiben an Ministerium der Finanzen (FM) > Personalforderung
> 24.06.2022 ablehnende Antwort der Ministerin |
| 28.09.2022 | erneute Forderung nach mehr Personal und Abschlagszahlungen an FM
> 11.10.2022 ablehnende Antwort FM |
| 15.11.2022 | erneute Forderung nach Personalaufwuchs und verbesserten organisatorischen/verfahrensmäßigen Lösungen im Ministerratsgespräch;
fachliche Auskunft FM: Die Produktivität eingesetzter EDV-Systeme wachse, gebraucht werde Geduld; dauerhafter gezielter Personalzuwachs sei weiterhin nicht geplant. |
| 04.04.2023 | erneute Forderung nach mehr Personal und entschiedenen Gegenmaßnahmen, diesmal an die Ministerpräsidentin
> 26.06.2023 (!) Antwort aus der Staatskanzlei (Anlage) |

An den 12 Wochen zwischen unserem Schreiben und der Antwort durch Staatssekretär Fabian Kirsch, dem Chef der Staatskanzlei, sieht man, dass das Thema komplex ist.

Nach wie vor ist die Bearbeitungssituation in der Beihilfestelle extrem angespannt. Es liegt an einer veränderten Antragssituation, der gemessen daran allgemein zu dünnen Personaldecke, der Arbeitsbelastung, an Krankenstand und Urlaubszeit sowie an einem neuen System, das schrittweise immer besser laufen soll, es aber nicht unbedingt tut.

Wir gehen davon aus und erkennen ausdrücklich an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Beihilfendezernat unter den aktuellen Maßgaben in Auslastung ein vergleichsweise hohes individuelles Pensum schaffen unter höchstem persönlichem Einsatz.

Die damit einhergehenden Belastungen dürfen ebenso wenig weiter zum Dauerzustand werden, wie – aus Antragstellersicht – die anhaltende Steigerung bei den Bearbeitungstagen und das Anwachsen der Zahl unerledigter Anträge.

Überlastung des Personals führt zu höherem Krankenstand. Interne Personalverschiebungen belasten abgebende Bereiche, aber auch den aufnehmenden, einarbeitungspflichtigen Bereich.

Die fortwährende Arbeit an der Leistungsfähigkeit des neuen Abrechnungssystems drückt auch.

Laut Staatskanzlei sind die organisatorischen Maßnahmen nun u.a. nach Implementierung einer Halbautomatisierung der Standard-Beihilfebearbeitung weitestgehend erschöpft.

„Um eine Verbesserung der Bearbeitungsdauer zu erreichen, wird nunmehr eine deutliche Erhöhung des Personalbestandes der Beihilfefestsetzungsstelle beim LfF um zehn Stellen angestrebt“, so Staatssekretär Kirsch.

Die Landesregierung kommt somit unserer Forderung nach – spät, aber immerhin.

Dass es noch etwas dauert, bis der Personalzuwachs da ist und Wirkung zeigt, versteht sich von selbst angesichts der erforderlichen Personalakquise – so sie denn gelingt –, angesichts der nötigen Verfahrensschritte und der Einarbeitungszeit.

Insofern wäre ein früheres Eingehen auf unsere Personalforderung womöglich effektiver gewesen.

Dass wir durchgedrungen sind, bringt jetzt hoffentlich mehr Bewegung in die Sache.

Geduld ist nun allseits weiter gefragt. Zum Vergleich: Beim Bundesverwaltungsamt braucht es derzeit sechs bis acht Wochen für die Beihilfenantragsbearbeitung der Bundesbeamten/-beamtinnen.

Das Antwortschreiben der Staatskanzlei fügen wir ebenso zu Ihrer Kenntnis bei wie unseren Brandbrief an Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz
Landesvorsitzende